

Antrag

der Fraktion der SPD

Gemeinsam die Modernisierung Russlands voranbringen – Rückschläge überwinden – Neue Impulse für die Partnerschaft setzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Russland ist mitunter ein unbequemer, aber auch unverzichtbarer Partner bei der Bewältigung globaler Probleme. Ganz gleich, ob in der iranischen Nuklearfrage, der Überwindung des Bürgerkriegs in Syrien oder der Stabilisierung Afghanistans: Eine Lösung der genannten Konflikte ohne oder gegen Russland ist kaum vorstellbar. Auch auf anderen Gebieten ist die Kooperation mit Russland angezeigt, sei es beim Klimawandel oder den Herausforderungen der demografischen Entwicklung. Dauerhafte europäische Sicherheit ist ohne Konsultation und Kooperation mit Russland nicht zu gewährleisten. Eine strategische Partnerschaft mit Russland ist von elementarem Interesse für die EU. Deshalb muss es mit Sorge erfüllen, dass die letzten Monate in den Beziehungen zu Russland eher von Stagnation und einer gewissen gegenseitigen Ernüchterung geprägt waren. Es gibt deutliche Anzeichen für eine Verschiebung der außenpolitischen Prioritäten Russlands in Richtung Zentralasien, Pazifik und China. Die Ursachen dafür sind vielfältig. Gerade deshalb bedürfen die Beziehungen zu Russland neuer Impulse.

Am 7. Mai 2012 wurde Wladimir Putin nach 2000 und 2004 zum dritten Mal als Präsident der Russischen Föderation vereidigt. Die Präsidentschaftswahlen hatte er am 4. März 2012 bereits in der ersten Runde mit 63,6 Prozent deutlich, wenn auch weniger klar als bei den vorangegangenen Präsidentschaftswahlen, für sich entschieden.

In den Wochen und Monaten vor den Präsidentschaftswahlen kam es in Russland zu einer bislang beispiellosen Welle von Protesten. Auslöser dieser von hunderttausenden russischen Bürgerinnen und Bürgern getragenen, zumeist friedlichen Demonstrationen, war zum einen die auf dem Parteitag von „Einheitliches Russland“ am 24. September 2011 angekündigte Ämterrochade zwischen dem damaligen Präsidenten Dmitri Medwedew und Ministerpräsident Wladimir Putin, zum anderen die offensichtlichen Manipulationen im Zusammenhang mit den Dumawahlen vom 4. Dezember 2011. Diese Vorgehensweise wurde von vielen Bürgern als anmaßend und undemokratisch empfunden. Es kam zu den umfangreichsten politischen Demonstrationen seit dem Zerfall der Sowjetunion. Geeint wurde das breite Protestbündnis durch die Forderungen nach Wahlwiederholung, freien und fairen Präsidentschaftswahlen und dem Rücktritt der Wahlkommission sowie durch seinen Widerstand gegen eine erneute Präsidentschaftskandidatur Wladimir Putins. Dabei spielte das Internet mit seiner Ende 2011 registrierten Zahl von 53 Millionen Nutzern eine wichtige Rolle. Damit ist inzwischen ein einheitlicher Kommunikationsraum über neun

Zeitzone entstanden, der ein wichtiges, bislang von staatlichen Einflüssen freies Informations- und Kommunikationsnetz für die russische Gesellschaft darstellt.

Insbesondere die überwiegend gut ausgebildeten jüngeren Bürgerinnen und Bürger in den Millionenmetropolen Moskau und St. Petersburg artikulierten offen ihren wachsenden Unmut über die obrigkeitsstaatlichen Tendenzen der russischen Elite, der sie vorwarfen, die Frage der Machtverteilung allein unter sich auszumachen. Über mehrere Monate gelang es der Oppositionsbewegung, hunderttausende Menschen zu mobilisieren und der Weltöffentlichkeit ein anderes Gesicht Russlands zu zeigen.

Wladimir Putin selbst hatte während des Wahlkampfes mit einer ganzen Reihe von Namensartikeln in den führenden russischen Zeitungen auf den wachsenden Unmut reagiert und sein Programm der kommenden sechs Jahre skizziert. Darin kündigte er an, Russland zu einer der führenden Industrienationen der Welt zu machen. Nur durch ihn, so seine zentrale Botschaft, sei gewährleistet, dass Russland die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen könne. Andernfalls drohe wirtschaftlicher Niedergang und politische Anarchie. Damit spielte er bewusst auf die erste Dekade, die so genannten Jelzin-Jahre, nach dem Ende der Sowjetunion an, die viele Russen noch immer mit wirtschaftlichem Niedergang und dem Statusverlust Russlands als Weltmacht verbinden.

Seine Rechnung ging weitgehend auf. Selbst kritische Beobachter gehen davon aus, dass Wladimir Putin die absolute Mehrheit der russischen Wählerinnen und Wähler hinter sich vereinen konnte, auch wenn das Wahlergebnis zu seinen Gunsten verändert wurde und im Vorfeld die sogenannten administrativen Ressourcen zum Einsatz kamen. Die Wahlbeobachtungsmission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) kommt in ihrem Bericht vom 11. Mai 2012 zu dem Ergebnis, dass die Wahlen weitgehend im Einklang mit den eingegangenen OSZE-Verpflichtungen und den internationalen Standards sowie der nationalen Gesetzgebung durchgeführt wurden. Breiten Rückhalt fand Wladimir Putin vor allem in den Gebieten abseits der Großstädte. Dort verfügt Wladimir Putin bis heute offenbar immer noch über ein ausreichendes Maß an Rückhalt und Anerkennung, das ihm zumindest bei dieser Wahl noch einmal zur absoluten Mehrheit verhalf. Anders sieht es in den Städten aus. Sein schlechtestes Wahlergebnis erzielte er mit 46,9 Prozent ausgerechnet in der Hauptstadt Moskau. Auch in anderen Millionenstädten hat Putin deutlich schlechter abgeschnitten als im Landesdurchschnitt.

Die selbst geweckten Erwartungen des neuen und alten Präsidenten sind enorm. Konnte er sich in seinen beiden ersten Amtszeiten noch damit rühmen, Russland politisch und ökonomisch wieder stabilisiert zu haben, nicht zuletzt dank stetig steigender Erlöse aus dem Öl- und Gasgeschäft bei gleichzeitiger Ausschaltung einiger der unter Präsident Boris Jelzin zu Macht und Reichtum gelangten Oligarchen, so muss er nun den Beweis antreten, diesen in den letzten zwölf Jahren erworbenen Wohlstand vieler Russen einerseits zu sichern und andererseits ihrem wachsenden Bedürfnis nach gesellschaftlicher Partizipation entgegenzukommen.

Doch die ersten Monate der neuen Amtszeit Wladimir Putins offenbaren eine anhaltende Nervosität der politischen Führung des Landes. Die russische Staatsduma hat im Eilverfahren ein neues NGO-Gesetz (NGO: Nichtregierungsorganisation) verabschiedet, das alle Organisationen der Zivilgesellschaft, die finanzielle Unterstützung aus dem Ausland erhalten, unter ein strenges Kontrollregime stellt und sie zwingt, sich als „ausländische Agenten“ registrieren zu lassen. Damit wird ihnen unterstellt, nichts weiter als ein Instrument zur ausländischen Beeinflussung der russischen Politik zu sein. Dies ist eine Geste des Misstrauens, die die vorhandenen Gräben zwischen der politischen Führung des Landes und der Zivilgesellschaft weiter vertiefen wird. Der Europarat

hat diese Maßnahmen in einer Entschließung vom 2. Oktober 2012 ebenfalls kritisiert und eine Änderung des NGO-Gesetzes gefordert.

Weitere Einschränkungen der bürgerlichen Freiheiten durch Gesetze, die die Sperrung von Internetseiten ermöglichen und durch das neue russische Demonstrationsgesetz vom 5. Juni 2012, mit erhöhten Geldstrafen und einer Verschärfung des Demonstrations- und Versammlungsrechtes, durch die in acht Regionen bestehenden restriktiven Gesetze, die gegen sexuelle Minderheiten gerichtet sind, durch unverhältnismäßige Urteile wie im Fall der Punkgruppe „Pussy Riot“ und durch das intensive Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen Köpfe der Opposition mit Verhören, Hausdurchsuchungen und kurzfristigen Festnahmen werden genauso mit Sorge beobachtet, wie der ohne Gerichtsverfahren erfolgte Ausschluss des Abgeordneten Gennadi Gudkow aus der Duma durch deren Mehrheitsbeschluss. Diese und noch weitere Maßnahmen dürften mit dazu beigetragen haben, dass sich in den letzten Wochen mehrere Menschenrechtler aus dem „Rat zur Entwicklung der Institutionen der Zivilgesellschaft und Menschenrechte beim russischen Präsidenten“ zurückgezogen haben. Sie protestieren damit zugleich gegen neue Verfahren bei der teilweisen Neubesetzung dieses Gremiums.

Dabei wäre gerade jetzt ein Dialog zwischen Präsident, Regierung und Opposition, der auch die jüngere Generation mit einbezieht, dringend erforderlich. Doch fehlt beiden Seiten dafür offenbar die Kraft. Bei den einzelnen Gruppen sind feste und umfassende politische Programme nicht erkennbar. Der kleinste gemeinsame Nenner der Bewegung, die Ablehnung einer erneuten Amtszeit Putins als Präsident („Russland ohne Putin“), war und ist jedoch zugleich Ausdruck ihrer Schwäche. Nach wie vor fehlt es an einem gemeinsamen und überzeugenden Politikkonzept für die Zukunft.

Auch mangelt es an akzeptierten Köpfen, die von der Gesamtheit der Oppositionsbewegung getragen werden und als Dialogpartner zur Verfügung stünden. Die für den Oktober 2012 vorgesehene Wahl eines „Koordinationsrates der Russischen Opposition“ verspricht eine Antwort auf die bislang fehlende Führungsstruktur und das Defizit an verantwortlichen und von der Bewegung getragenen Dialogpartnern.

Vor dem Hintergrund einer nach wie vor extrem rückständigen Industrie, die in so gut wie keinem Bereich auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig ist, dürfte dies eine der größten Herausforderungen sein, zumal der russische Haushalt die in den letzten Jahren sprudelnden Erlöse aus dem Öl- und Gasverkauf zur Grundlage seiner Wirtschafts- und Sozialpolitik gemacht hat. Ein Preisverfall im Zuge einer weltweiten Rezession würde den russischen Haushalt Makulatur werden lassen. Aufwendige Sozialprogramme, die bislang noch den gesellschaftlichen Frieden mit einem Teil der Bevölkerung garantieren, wären nicht mehr finanzierbar. Da diese Bevölkerungsschichten letztendlich nicht viel zu verlieren haben, könnte sich rasch eine neue Protestbewegung formieren, die das gesamte politische System ins Wanken bringt. Ein politisch instabiles und wirtschaftlich kriselndes Russland wäre die Folge. Dies kann nicht im Interesse Deutschlands und der EU sein.

Es ist daher nicht verwunderlich, dass die wirtschaftliche Elite des Landes Wladimir Putin heute deutlich skeptischer als noch vor fünf oder zehn Jahren in Bezug auf seine Managementfähigkeiten als Präsident gegenübersteht. Die Kapitalflucht aus Russland hält unvermindert an – allein in den ersten sechs Monaten des Jahres 2012 betrug die Kapitalflucht über 50 Mrd. US-Dollar – und viele junge und gut ausgebildete Menschen kehren Russland den Rücken und sehen ihre Zukunft außerhalb des Landes.

Dennoch gibt es auch Lichtblicke: Mit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO), der durch den Beschluss der Duma vom 10. Juli 2012 endgültig

vollzogen wurde, hat Russland einen wichtigen Schritt zur Öffnung und Modernisierung des Landes getan. Die russische Industrie ist bei der Modernisierung dringend auf ausländisches Know-how angewiesen. Durch die Aufhebung der Handelsbarrieren werden mehr ausländische Investitionen ins Land fließen. Die Weltbank erwartet durch diese Maßnahmen eine jährliche Steigerung des russischen Bruttoinlandsprodukts von mindestens 3,3 Prozent. Davon profitieren auch deutsche Unternehmen. Bereits 2011 ist der deutsch-russische Außenhandel gegenüber 2010 um 29 Prozent gestiegen und umfasst ein Gesamtvolumen von 75 Mrd. Euro. Damit ist Deutschland mit 8,7 Prozent Anteil am russischen Außenhandelsvolumen Russlands zweitwichtigster Handelspartner. Mehr als 6 300 deutsche Unternehmen sind heute in Russland aktiv. Maschinen und Geräte stellen das wichtigste Importgut für Russland dar, womit Deutschland in diesem Sektor eine besondere Position einnimmt.

Vor fünf Jahren beliefen sich die deutschen Direktinvestitionen in Russland noch auf 8 Mrd. Euro. Inzwischen sind sie bis 2011 bereits auf 22,2 Mrd. angestiegen. Umfragen von Wirtschaftsverbänden haben gezeigt, dass es noch mehr sein könnten, wenn Bürokratie abgebaut und wirksam gegen Korruption vorgegangen werden würde. Russland selbst will bis 2030 1 Bio. Euro in die Modernisierung des Landes investieren.

Um die vorhandenen russischen Potenziale zu nutzen, stellen sich auch entsprechende Aufgaben und Verantwortlichkeiten an Russlands Nachbarn, nicht zuletzt an Deutschland. Die 2007 unter sozialdemokratischer Federführung ins Leben gerufene Modernisierungspartnerschaft bietet weiterhin einen Anknüpfungspunkt, um Russland bei der Bewältigung seiner immensen Aufgaben zu helfen. Doch dazu müsste sie von der schwarz-gelben Koalition nicht nur verwaltet, sondern dringend mit neuem Leben gefüllt werden.

Wichtig ist neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit insbesondere eine Vertiefung der Kooperation in den Bereichen Wissenschaft, Kultur und zivilgesellschaftlicher Einrichtungen.

Hier können regionale Verabredungen, wie der Ostseerat als Beispiel für eine breit angelegte Kooperation zwischen Russland und Nachbarstaaten dienen. Der Ostseerat umfasst die Mitgliedschaft aller neun Ostseeanrainer und die Förderung eines breiten Netzwerks zwischenstaatlicher Kooperation. Auf die deutsche Ratspräsidentschaft 2011/2012 folgt die russische Präsidentschaft und ermöglicht somit einen Fokus auf den südöstlichen Ostseeraum im Rahmen der „Modernization Partnership for the South Eastern Baltic Area (SEBA)“ zu legen.

Die bisherige Visapolitik Deutschlands und der Europäischen Union erschwert und behindert den wirtschaftlichen, zivilgesellschaftlichen, wissenschaftlichen, touristischen und familiären Austausch mit Russland. Das Ziel einer umfassenden Visaliberalisierung wurde zuletzt auf dem EU-Russland-Gipfel am 4. Juni 2012 in St. Petersburg bekräftigt. In einem gemeinsamen Appell des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft mit führenden Verbänden der deutschen Wirtschaft vom 24. April 2012 wurden der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung aufgefordert, sich für die Überwindung der restriktiven Visa-bestimmungen insbesondere mit Russland einzusetzen. Eine Liberalisierung des gegenwärtigen Visaregimes würde den gegenseitigen Austausch und damit die Heranführung Russlands an europäische Standards unterstützen.

Neue Spannungen drohen auch auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik. Russland verlangt von der NATO eine rechtsverbindliche Garantie, dass die in Zukunft stationierten Abfangraketen nicht gegen die russischen nuklearen Fähigkeiten gerichtet seien. In der Tat sind einige Befürchtungen der russischen Seite im Zusammenhang mit dem geplanten Raketenabwehrsystem (Ballistic Missile Defense, BMD) der NATO nicht einfach beiseitezuwischen.

So richten sich die russischen Befürchtungen in erster Linie gegen die Phasen drei und vier des BMD-Programms. Nach heutigem Stand der NATO-Planungen soll ab ca. 2015 eine weiterentwickelte Version der SM-3-Abfangrakete in Polen stationiert werden, mit der auch Mittelstreckenraketen größerer Reichweite zwischen 2 400 und 5 500 km erfasst werden können. In der vierten und letzten Phase ab ca. 2018 soll sogar eine komplett neue Abfangrakete (SM-3 Block IIB) stationiert werden, die gegen Mittelstreckenraketen größerer Reichweite und künftige potenzielle Bedrohungen der USA durch Interkontinentalraketen (ICBMs) einsetzbar sind. Landgestützte Interkontinentalraketen bilden zugleich den Schwerpunkt der strategischen Nuklearwaffensysteme Russlands.

Hinzu kommt, dass Russland sich seit langem nicht mehr als gleichberechtigter Partner anerkannt fühlt. Der Westen, so die russische Lesart, betrachte Russland nicht als handelndes Subjekt der internationalen Politik, sondern als Objekt seines eigenen Handelns. Russlands Verlangen, wieder als vollwertiger Partner akzeptiert zu werden, ist daher nachvollziehbar.

Das Thema Raketenabwehr könnte folglich aus russischer Sicht zum Lackmuster der Bereitschaft des Westens zu mehr Kooperation werden. Hier könnte in einem Bereich, in dem es aufgrund neuer Bedrohungen objektiv gemeinsame Interessen gibt, positiv gewendet die Raketenabwehr zu einer Intensivierung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit beider Seiten führen und damit ein neues Kapitel in der Außen- und Sicherheitspolitik aufgeschlagen werden.

Da sich die operative Kommandozentrale der künftigen Raketenabwehr in Ramstein befindet, kommt Deutschland in diesem Zusammenhang eine besondere Verantwortung bei der Ausgestaltung der NATO-Russland-Beziehungen zu. Deutschland kann dazu beitragen, die vorhandenen und zum Teil nachvollziehbaren Sorgen auf russischer Seite auszuräumen, indem es umfassende vertrauensbildende Maßnahmen hin zu einer echten strategischen Partnerschaft unterstützt und den Aufbau von NATO-Russland-Kooperationszentren voranbringt. Diese könnten als organisatorischer Rahmen für eine künftige Sicherheitsarchitektur dienen. Die entsprechenden Ankündigungen der Bundesregierung müssen jedoch endlich in praktische Maßnahmen umgesetzt werden.

Eine Kooperation bei der Raketenabwehr könnte zu einer klassischen „win-win-Situation“ führen. Moskau böte sie die Chance, in diesem Kontext an NATO-Entscheidungen mitzuwirken und Zugang zu technologischen und operativen Fähigkeiten zu erhalten. Für die NATO ergäbe sich der Vorteil einer gesteigerten militärischen Effektivität, wenn es gelänge, Russland mit an Bord zu holen. Dies würde zugleich die europäische Sicherheit erhöhen. Letztlich ist es eine politische und weniger eine militärische Frage, ob eine solche Kooperation zustande kommt.

Eine bessere Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheitspolitik liegt sowohl im Interesse Russlands als auch des westlichen Bündnisses. So wird der Abzug der Bundeswehr und zahlreicher Partner aus Afghanistan teilweise über russisches Territorium laufen. Auch die langfristige Stabilisierung Afghanistans ist ohne eine konstruktive Zusammenarbeit mit Russland undenkbar. Aber auch bei Themen wie Energiesicherheit, Rüstungskontrolle und nukleare Nichtverbreitung, Iran und Syrien führt kein Weg an Russland vorbei. Ebenso ist Russland bei diesen Herausforderungen auf die Kooperation mit der EU und NATO angewiesen.

Um eine wirkliche strategische Partnerschaft zwischen NATO und Russland zu etablieren, so wie es der NATO-Gipfel in Lissabon im November 2010 vereinbart hat, ist es erforderlich, Misstrauen auf beiden Seiten abzubauen. Insbesondere im Bereich der Rüstungskontrolle im konventionellen Bereich, dem Kernstück der Vertrauensbildung zwischen Moskau und dem Westen, sind dringend neue Impulse notwendig. Werden hier keine Fortschritte erzielt, drohen auch

alle weiteren Versuche, sich im Bereich der taktischen Nuklearwaffen mit Moskau zu verständigen, zu scheitern.

Zusammenarbeit in strategisch bedeutsamen Feldern, wie zum Beispiel der Raketenabwehr, erfordert darüber hinaus einen Ausbau der institutionalisierten Kooperation. Ein Konsultationsgebot im Rahmen des NATO-Russland-Rats wäre eine Möglichkeit. Aber auch in der Zusammenarbeit EU-Russland im Bereich des externen Krisenmanagements existiert ausbaufähiges Potenzial.

Eine positive Entwicklung Russlands liegt im besonderen Interesse aller europäischen Staaten. Nur ein Russland, welches seine Gesellschaft demokratisiert und seine Wirtschaft modernisiert, wird auch langfristig ein verlässlicher Partner in so zentralen Fragen, wie der Sicherheit und der gut nachbarschaftlichen Zusammenarbeit sein können. Die EU-Russland-Beziehungen bedürfen deshalb unbedingt neuer Impulse. Die zu beobachtende Ideenlosigkeit der jetzigen Bundesregierung in der Frage einer substanziellen Weiterentwicklung der EU-Russland-Beziehungen wiegt umso schwerer, als dass die gegenwärtigen Besorgnis erregenden Entwicklungen in der Russischen Föderation nicht weniger, sondern mehr Engagement seitens Deutschlands und der EU erfordern. Dabei kann es hilfreich sein, gemeinsam mit unseren polnischen und französischen Partnern im Weimarer Dreieck den Dialog mit Russland und unseren östlichen Partnern zu vertiefen. Dabei sollten die Modernisierungspartnerschaft mit Russland, die Erweiterung und Vertiefung der Östlichen Partnerschaft, aber insbesondere auch Aspekte der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, eine wichtige Rolle spielen. Letztlich müssen sowohl die EU als auch Russland durch konkrete politische Initiativen ihren politischen Willen zum Ausdruck bringen, dass sie der strategischen Partnerschaft herausragende Bedeutung zumessen.

Normen wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte spielen bei der Heranführung Russlands an die westliche Wertegemeinschaft selbstverständlich eine herausragende Rolle. Insofern sind die Angebote der Zusammenarbeit und Unterstützung auf diesem Gebiet seitens der EU zu erneuern und dem zivilgesellschaftlichen Dialog eine zentrale Stellung einzuräumen.

Hierzu gehört in besonderer Weise die Kooperation im Wissenschafts- und Bildungsbereich. Allein der Deutsche Akademische Austauschdienst e. V. (DAAD) fördert jährlich über 3 000 russische Studierende und Graduierte für ein Studium in Deutschland und vergibt damit weltweit die meisten Stipendien an russische Studierende. Darüber hinaus fördert er mehr als 700 russische Wissenschaftler mit einem Forschungsaufenthalt in Deutschland. Die Alexander von Humboldt-Stiftung hat seit 1953 fast 900 hochqualifizierte russische Wissenschaftler bei Forschungsvorhaben in Deutschland gefördert. Es besteht seit vielen Jahren ein bilateraler akademischer Austausch und annähernd 700 Kooperationen zwischen deutschen und russischen Hochschuleinrichtungen.

Es bestehen über 90 aktive deutsch-russische Städtepartnerschaften, zu denen auch regionale Partnerschaften gehören, wie zum Beispiel die Partnerschaft des Gebietes Kaliningrad und des Landes Schleswig-Holstein. Diese regionalen Partnerschaften ermöglichen und fördern in direkten Kontakten die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur, Zivilgesellschaft und Jugendaustausch.

Alle deutschen politischen Stiftungen sind in Russland vertreten und tragen mit ihrem vielfältigen Programmangebot zur Förderung des deutsch-russischen Dialogs zu Themen der Zivilgesellschaft, der Gewerkschaftsarbeit, der Sozial- und Wirtschaftspolitik, der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Umweltpolitik bei. Die Arbeit wird ergänzt durch zahlreiche andere Stiftungen, die sich in ihrer Arbeit auf spezielle Themenbereiche, wie zum Beispiel Jugendarbeit, konzentrieren.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den neugewählten russischen Präsidenten Wladimir Putin an seine Zusagen hinsichtlich der Stärkung der Meinungs- und Pressefreiheit, dem Aufbau einer unabhängigen Justiz sowie der Modernisierung der Wirtschaft, der staatlichen Verwaltung und des Bildungssystems zu erinnern und ihm umfassende Unterstützung bei der Umsetzung dieser Projekte anzubieten;
- auf höchster politischer Ebene darauf hinzuwirken, dass auch künftig friedliche Demonstrationen, die Einhaltung der Menschenrechte sowie die Respektierung bürgerlicher Freiheiten, wie sie Russland mit der Charta des Europarates zugesichert hat, gewährleistet werden;
- Initiativen zum Ausbau und zur Förderung der Dialoge von zivilgesellschaftlichen Gruppen zu unterstützen und in diesem Zusammenhang Partnerschaften von NGOs in der Zivilgesellschaft zu fördern;
- die deutsch-russischen Regierungskonsultationen Mitte November 2012 dazu zu nutzen, um der Modernisierungspartnerschaft neue Impulse zu verleihen;
- in enger Absprache und Kooperation mit unseren polnischen und französischen Partnern den Bemühungen um eine strategische Partnerschaft zwischen der EU und der Russischen Föderation neue Impulse zu verleihen;
- die bereits vorhandenen Ansätze eines trilateralen Austausches zwischen den Regierungen Polens, Russlands und Deutschlands auszubauen;
- die deutsch-russische Zusammenarbeit unter gleichberechtigten Partnern so zu gestalten, dass es zu einer gemeinsamen Zielbestimmung von Vorhaben und Projekten kommt, deren Basis eine gemeinsame Erwartungshaltung sein sollte und dass Hemmnisse zur Verwirklichung gemeinsam identifiziert sowie Wege zu deren Überwindung entwickelt werden;
- sich dafür einzusetzen, dass gemeinsame Vorhaben nach einem abgesprochenen Zeitrahmen evaluiert werden, um ggf. weitere notwendige Maßnahmen zur erfolgreichen Umsetzung von Vorhaben zu entwickeln;
- mit der russischen Regierung einen Diskurs der Sozialpartner aus Deutschland und Russland zu initiieren, der die Alltagskultur in russischen Unternehmen und die Praxis der deutschen Sozialpartnerschaft zum Inhalt hat sowie dem gemeinsamen Austausch und der Etablierung gemeinsamer Projekte dient;
- mit den für die Außenwirtschaft verantwortlichen Organisationen der deutschen Wirtschaft in einen Dialog einzutreten, welchen Stellenwert die Praxis deutscher Unternehmenskultur mit den Merkmalen der Sozialpartnerschaft, Sozialbilanzen, Corporate Social Responsibility und anderen Inhalten der verantwortlichen Unternehmensführung hat und in die Kultur von Joint-Venture-Unternehmungen mit deutscher Beteiligung in Russland eingebracht werden kann;
- Russland bei der zielgerichteten Bekämpfung der Korruption mit den deutschen Erfahrungen aus der Antikorruptionsarbeit zu unterstützen und auf deutscher Seite dem Deutschen Bundestag auch das UN-Abkommen gegen Korruption zur Ratifikation vorzulegen;
- gemeinsam mit den russischen Partnern die Zusammenarbeit im Bereich der beruflichen Bildung zu intensivieren und mit wirkungsvoller Unterstützung, dort wo gewünscht, bei der Implementierung des bewährten Modells der dualen Berufsausbildung behilflich zu sein sowohl auf der Unternehmens-ebene, wie auch im schulischen Bereich;

- neue Felder der Zusammenarbeit zu erschließen bzw. zu intensivieren, wie zum Beispiel in den zukunftssträchtigen Bereichen Energieeffizienz und energetische Gebäudesanierung;
- sich im Rahmen der Jugendbeziehungen für eine Intensivierung einzusetzen und die Umwandlung des deutsch-russischen Jugendaustausches in ein deutsch-russisches Jugendwerk auf den Weg zu bringen;
- die Bundesländer zum Aufbau von Partnerschaften mit den Regionen in Russland zu ermutigen und sie beim Aufbau und der Pflege der Beziehungen zu unterstützen;
- den Austausch von Kommunalpolitikern, ehrenamtlich sowie hauptamtlich Engagierten in Wohlfahrtsorganisationen sowie des Zivil- und Katastrophenschutzes zu fördern;
- den Austausch von Beschäftigten im Sicherheitsbereich (Polizei, Justiz) zu evaluieren und ggf. anzupassen sowie den Rechtsstaatsdialog zu intensivieren;
- sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die Förderprogramme Comenius (Schulbildung), Erasmus (Hochschulbildung), Leonardo da Vinci (Berufliche Bildung) und Grundtvig (Erwachsenenbildung) für Russland geöffnet werden;
- die auf dem EU-Russland-Gipfel am 14./15. Dezember 2011 beschlossenen „Gemeinsamen Maßnahmen im Hinblick auf visumfreie Kurzaufenthalte der russischen Bürger und der Bürger der EU“ zu unterstützen und sich mit großem Nachdruck für Fortschritte in den Verhandlungen für eine Visaliberalisierung zwischen der EU und Russland einzusetzen und die bestehenden Visaerleichterungsabkommen, den EU-Visa- und Grenzkodex sowie nationale rechtliche Bestimmungen möglichst im Sinne einer Erleichterung der Reisefreiheit auszulegen und anzuwenden. Dabei sind die Sicherheitsinteressen unseres Landes wie der gesamten EU unbedingt zu berücksichtigen. Die Einführung einer europaweiten Einreise- und Ausreisedatei ist dabei zu prüfen;
- sich mit großem Nachdruck für einen baldmöglichen Abschluss der Verhandlungen des Partnerschafts- und Kooperationsabkommens zwischen der EU und Russland einzusetzen;
- sich innerhalb der EU im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik für eine gemeinsame Russlandpolitik einzusetzen;
- sich auf höchster politischer Ebene gegenüber dem russischen Präsidenten für eine Überwindung des Stillstands bei der konventionellen Rüstungskontrolle in Europa einzusetzen;
- Russland bei der Ausübung der bis Mitte 2013 andauernden Ostseeratspräsidentschaft, insbesondere bei den gemeinsamen Projekten wie der Entwicklung der South Eastern Baltic Area (SEBA), den Public-Private-Partnership Initiativen sowie der unter deutscher Leitung anstehenden NGO-Konferenz in Sankt Petersburg, aktiv zu unterstützen;
- sich innerhalb der NATO dafür einzusetzen, dass die Umsetzung der Pläne für eine Raketenabwehr nicht zu einer neuen Konfrontation mit Russland führt, sondern als Chance für eine Vertiefung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit genutzt wird;
- umfassende vertrauensbildende Maßnahmen hin zu einer echten strategischen Partnerschaft zu unterstützen und den Aufbau von NATO-Russland-Kooperationszentren voranzubringen;

- sich intensiv um die Einbeziehung Russlands bei der Suche nach einer politischen Lösung der Syrienkrise zu bemühen;
- mit Russland weiterhin sehr eng im Rahmen der E3-plus-3-Verhandlungen mit dem Iran zusammenzuarbeiten;
- sich dafür einzusetzen, dass Russland noch enger bei den Bemühungen um eine Stabilisierung Afghanistans mit einbezogen wird, vor allem im Hinblick auf die Zeit nach Beendigung des ISAF-Einsatzes Ende 2014;
- die Potenziale, die sich aus dem Beitritt Russlands zur WTO ergeben, zu einer Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen zu nutzen;
- sich Überlegungen einer gesamteuropäischen Freihandelszone zwischen der EU und Russland und den Ländern der Zollunion sowie der Ukraine und Kasachstans mit einer Größenordnung von über 700 Millionen Menschen nicht von vornherein zu verschließen;
- in Anbetracht der strategischen Bedeutung der deutschen und europäischen Beziehungen zu Russland sowie der Bedeutung Russlands für die internationale Politik die Russlandforschung nicht weiter zu kürzen, sondern nachhaltig zu stärken und weiter auszubauen.

Berlin, den 16. Oktober 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

